



Stellungnahme des
Bundesausschusses Friedensratschlag

Friedensbewegung verurteilt völkerrechtswidrigen Angriff auf Syrien

**Bundesregierung soll sich distanzieren und die Bundeswehr abziehen!
Beziehungen zu Russland entspannen! Abrüsten statt Aufrüsten!
Friedensbewegung zu Protesten aufgerufen!**

Anlässlich des Luftangriffs führender NATO-Staaten auf Syrien erklären die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Lühr Henken (Berlin) und Willi van Ooyen (Frankfurt am Main) in einer ersten Stellungnahme: Ohne dass gesicherte Erkenntnisse über den Einsatz chemische Kampfstoffe in Douma vorliegen, haben US-amerikanische, französische und britische Marine- und Luftstreitkräfte in der Nacht auf den 14. April 2018 über 100 Raketen und Marschflugkörpern auf staatliche syrische Ziele abgefeuert.

Obwohl die Beratungen im UN-Sicherheitsrat nicht abgeschlossen waren, erteilten die Staatsoberhäupter der USA, Frankreichs und Großbritannien den Einsatzbefehl. Weder lag ein Angriff auf diese Staaten vor, der Selbstverteidigungsmaßnahmen gerechtfertigt hätte, noch ein Mandat des UN-Sicherheitsrats. Die Handlungen dieser drei westlichen UNSicherheitsratsmitglieder haben das Völkerrecht gebrochen. Donald Trump, Emmanuel Macron und Theresa May müssen dafür angeklagt werden – ebenso wie die Täterschaft des mutmaßlichen Chemiewaffenangriffs auf Douma strafrechtlich verfolgt werden muss. Die Bundesregierung hat sich gegen eine militärische Beteiligung an einen Angriff auf Syrien ausgesprochen. Die Bundesregierung muss den völkerrechtswidrigen Angriff verurteilen.

Wir fordern, dass die Bundeswehr aus der Region unverzüglich abgezogen wird. Wir verlangen von der Bundesregierung zu unterbinden, dass militärische Einrichtungen auf deutschem Territorium von NATO-Verbündeten für völkerrechtswidrige Angriffshandlungen genutzt werden. Wir sehen mit sehr großer Sorge, dass das Völkerrecht als Eckpfeiler der internationalen Beziehungen durch Kriegshandlungen westlicher Staaten fortgesetzt verletzt wird. Um hier nur die gravierendsten Beispiele zu nennen: Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, der US-amerikanisch-britische Angriffskrieg gegen den Irak 2003, die Marschflugkörperangriffe der USA auf das syrische Al-Schairat am 7.4.2017 und jetzt wieder. Es bedarf seitens der Bundesregierung großer Anstrengungen, das Verhältnis zu Russland zu entspannen, eine gleichberechtigte Beziehung aufzubauen, um die Kontroversen konstruktiv zu lösen. Wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung.

Wir fordern die Friedensbewegung und alle friedliebenden Menschen weiter auf, ihre Proteste auf die Straße zu tragen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

In der Rüstung sind sie fix – für Soziales tun sie nix!

Die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat einen gewaltigen „Einkaufszettel“ vorgelegt, der Berücksichtigung finden soll im Haushaltsplan des Finanzministers Olaf Scholz (SPD). Dieser soll Anfang Juli im Deutschen Bundestag beschlossen werden. Die Wünsche des Verteidigungsministeriums sehen 18 Aufträge á 25 Millionen Euro vor, insges. 130 Milliarden Euro bis 2030.

Im ursprünglichen Haushaltsplan des früheren Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) war vorgesehen, dass der Verteidigungsetat von 37 Milliarden Euro 2017 auf 42,4 Milliarden Euro bis 2021 steigen sollte. Bald soll der Rüstungsetat zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) umfassen, also 70 Milliarden Euro – pro Jahr, versteht sich, um aus der Bundeswehr weiterhin eine Truppe zu formen, die überall auf der Welt eingesetzt werden kann.

Das Verteidigungsministerium spricht von einer „vorläufigen“ Liste, die es in sich hat:

- 18 Raketenwerfer vom Typ „MARS III“
- Sieben Rettungshubschrauber
- Sechs „Herkules“-Transportflugzeuge
- 32 Sattelzugmaschinen für den Transport von Waffensystemen
- Gefechtsstände, Fernmeldetechnik für Fregatten und Schutzwesten
- Verbesserungsvorhaben für den Schützenpanzer „Puma“
- Ein Instandsetzungsvertrag für den Hubschrauber NH90

Außerdem soll der Auftrag für den Einsatz ukrainischer „Antonow“-Transportmaschinen für den Zeitraum 2019 bis 2021 verlängert werden. Dieser sei notwendig, da die Bundeswehr-Transportmaschinen A400M nicht einsatzfähig seien. „Vorläufig“ nennt das Ministerium die Liste, denn hier kommt auch noch ein Leasing-Vertrag für israelische „HebronTP“-Drohnen hinzu, der bereits im Koalitionsvertrag festgelegt wurde. Kostenpunkt hier: Eine Milliarde Euro für den Zeitraum von drei Jahren. Diese Tötungsmaschinen werden zunächst ohne Waffen geliefert, denn „(...) über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag (...) gesondert entscheiden“, so heißt es im Koalitionsvertrag. Hier sind weitere Ausgaben zu erwarten. Öffentliche Ausgaben sollten den Menschen dienen, nicht einer aggressiven Rüstungspolitik. Hierzulande fehlen doch angeblich so viele Mittel für Kitas, Schulen, Pflegepersonal, Infrastrukturen des Verkehrs, für Hilfsprojekte und Entwicklungshilfe. Hier wäre das Geld viel sinnvoller einzusetzen, nicht um „die Verlässlichkeit Deutschlands gegenüber unseren engen Partnern“ zu demonstrieren, wie Frau von der Leyen argumentierte.

Nur zwei Beispiele: Magere 8000 Stellen will die Große Koalition im Pflegesektor schaffen. Statistisch gesehen wären das 0,47 Stellen pro Pflegeheim. Mindestens aber 36000 Stellen werden hier benötigt. In diesem Sektor fehlen Fachkräfte, da deren Bezahlung sehr schlecht ist und es zu wenig Anreize gibt, sich hier ausbilden zu lassen. Immer mehr kleinere Krankenhäuser sollen geschlossen werden, da sie zu „unrentabel“ seien. Hier wird das Geld gebraucht, um die ärztliche Versorgung der Menschen auch auf dem Land zu gewährleisten. Wir brauchen keine militärischen Abenteuer, wir brauchen mehr Ausgaben im sozialen Bereich.

Rüstung löst keine Probleme! Eine andere Politik muss her! Daher fordern wir:

- Militärische Aufrüstung stoppen
- Mehr Mittel für Entwicklungshilfe und Konfliktprävention
- Mehr Ausgaben in die soziale Infrastruktur wie z. B. Sozialer Wohnungsbau, Pflege etc.
- Deutschland raus aus der NATO
- Atomwaffen abschaffen
- Zivile Aufbauhilfe statt neuer Eskalation durch immer mehr Militär.

Friedensforum Duisburg

V.i.S.d.P.: www.Friedensforum-duisburg.de • J. Hagenguth • Steinstraße 12 • 47198 Duisburg

